

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

38. Jahrgang / 91

13. Mai 1983

Horst Ehmke MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, verurteilt grüne Werbegags: Kein Ersatz für Politik.

Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen MdB warnt vor der Tatsache, daß der Schnelle Brüter auch Waffenplutonium produzieren kann: Ein Projekt mit zivil-militärischem Doppelgesicht.

Seite 2

Heinz Kreuzmann zu den kommenden Pfingsttreffen der Vertriebenen-Verbände: Sozialdemokraten haben die Vertriebenen nie enttäuscht.

Seite 4

Dokumentation

Helmut Schmidt vor der SPD-Bundestagsfraktion: Ich halte es für richtig, an die lange Wegstrecke zu erinnern...

Seite 6

In zweifacher Hinsicht illoyal

Grüne Werbegags sind kein Ersatz für Politik

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die spektakuläre Aktion auf den Ost-Berliner Alexanderplatz hat Frau Kelly, Herrn Bastian und deren Freunden zwar die gewünschte Publizität gebracht, ein Zeugnis für politisches Einfühlungs- und Urteilsvermögen haben sie sich damit nicht ausgestellt.

Die Grünen haben sich mit ihrer Initiative in zweifacher Hinsicht illoyal verhalten. Sie haben die Berliner Abrüstungskonferenz für ihre sehr persönlichen Zwecke benützt. Die Teilnehmer der Konferenz haben deshalb zurecht überwiegend negativ reagiert.

Illoyal haben sich die Grünen aber auch gegenüber der Friedensbewegung in der DDR verhalten. Jedermann weiß, wie eng der Spielraum für diese Friedensbewegung ist. Er darf durch Werbegags der Grünen nicht noch weiter eingeengt werden. Aber auch über diesen Anlaß hinaus gilt: Die theatralische Selbstdarstellung ist kein Ersatz für Politik.

(-/13.5.1983/ks/ca)

+ + +

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



Ein Projekt mit zivil-militärischem Doppelgesicht

Der Brüter kann auch Waffenplutonium produzieren

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

"Alles klar mit dem Brüter?" Diese Frage drängt sich auf, seit die Bundesregierung zu einer Vereinbarung mit der Industrie zur Deckung der 1,5 Milliarden DM Mehrkosten beim Schnellen Brüter in Kalkar kam. Die Ruhe um den Brüter ist trügerisch. Nicht nur, weil neue Mehrkosten auch jetzt nicht auszuschließen sind. Nicht nur, weil der Zeitpunkt für einen wirtschaftlichen Einsatz des Brüters weit hinter dem Horizont des Jahres 2000 verschwunden ist. Kein Wunder, daß der Ausschuß für "Science and Technology" des amerikanischen Kongresses vor wenigen Tagen wieder sämtliche Gelder für das amerikanische Clinch-River-Brüterprojekt gestoppt hat.

Unverändert wirft die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Brutreakorteknologie Fragen auf, die wir lange verdrängt hatten. Was für Folgen ergeben sich für die Kooperation mit dem Atomwaffenstaat Frankreich, wenn Frankreich ebenso wie die Vereinigten Staaten dazu übergehen wollen, Plutonium aus zivilen Kernenergieanlagen für nukleare Aufrüstungsprogramme abzuzweigen? Für die Sowjetunion, deren Einstieg in die Kernenergie-technologie und deren Ausbaupläne sogar vom einen oder anderen bei uns mit Neid und Bewunderung betrachtet werden, ging zivile und militärische Nutzung der Kernenergie immer schon Hand in Hand. Die für den russischen Inlandsmarkt gebauten Kernreaktoren sind schon jetzt auch als Quelle für die Produktion von Tritium und Plutonium zur Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben zu verwenden - so lauten Informationen aus den Vereinigten Staaten.

Weltweit wollen die Kernwaffenstaaten ihre Atomwaffen vermehren und modernisieren. Die Menge des dafür benötigten Plutoniums übersteigt in den USA und in Frankreich die Kapazitäten der bestehenden veralteten militärischen Reaktoren und Aufarbeitungsanlagen. So verfolgt die Reagan-Regierung gegen den Widerstand des Kongresses hartnäckig Pläne Plutonium aus dem zivilen Brennstoffkreislauf für Leichtwasserreaktoren für die Bombenproduktion abzuzweigen. Aus der amerikanischen Umweltbewegung verlautet, daß aus dem US-Testreaktor FFTF - er ist Bestandteil des US-Brüterprogramms - Plutonium für militärische Zwecke abgezweigt worden ist.

Die französische Regierung hat erst vor wenigen Wochen die Beschaffung neuer Kurzstreckenraketen beschlossen. Geplant ist die Beschaffung von 576 Atomsprengköpfen für 96 neue strategische M 4-Raketen, die auf U-Booten stationiert werden sollen. Auch die Franzosen gehen hier zu einer neuen Generation kleinerer Atomsprengköpfe mit geringerer Sprengkraft und begrenzbarer Wirkung über, die die Verwendung hochreinen Plutoniums 239 erfordern. Frankreichs bisherige militärische Plutonium-Erzeugungs-Anlagen sind veraltet und können den möglichen Plutoniumbedarf nicht bereitstellen.

Hat nun die Bundesregierung beziehungsweise das RWE, das 16 Prozent der Baukosten des französischen Super-Phénix aufbringt, die Möglichkeit, die Entnahme von Plutonium aus dem Super-Phénix nach seiner Fertigstellung zu verhindern? Frankreich ist nicht Unterzeichnerstaat des Atomwaffensperrvertrages. Frankreich hat zwar 1958 den Euratomvertrag unterzeichnet, kann aber wie Großbritannien Material, das für Zwecke der Verteidigung bestimmt ist, den Euratom-Kontrollen entziehen. Es ist auch bisher nicht zu einer Vereinbarung der französischen Regierung mit der IAEA über eine Unterstellung des Super-Phénix unter IAEA-Kontrollen gekommen.



Technisch und wirtschaftlich sind die französischen Brüter eine besonders geeignete Plutoniumquelle für die Produktion von Atomsprengköpfen. In Leichtwasserreaktoren und graphitmoderierten Reaktoren dürfen die Uranbrennstäbe nur kurze Zeit bestrahlt werden, um reines Plutonium entnehmen zu können. Dann müßte der Reaktor immer wieder stillgelegt werden, um die Brennelemente zu wechseln. Deshalb haben die Atomwaffenstaaten in den 50er Jahren eigens kleine Reaktoren für militärische Zwecke gebaut. In Schnellen Brüttern kann im Brutmantel hochreines Plutonium auch dann entstehen, wenn die Brutstäbe vier bis sechs Jahre im Reaktor bleiben, mit einer Reinheit von mindestens 95 Prozent. So kann also ein Schneller Brüter als Zweizweckreaktor gleichzeitig reines Waffenplutonium mit guter Ausbeute und ohne Stillstand in kurzen Abständen kommerziell Strom erzeugen. Es macht auch nichts, daß Brüter bisher nicht brüten; Brennstoffverluste treten überwiegend im militärisch uninteressanten Reaktorkern auf. Eine heimliche Entnahme von Plutonium aus dem Super-Phénix ist gar nicht nötig. Frankreich baut in Marcoule die Brüterwiederaufarbeitungsanlage TOR. Hier kann genauso gut nach einem Brennelementewechsel beim Brüter das hochreine Plutonium für militärische Zwecke abgetrennt werden. Auch die Abtrennung des hochreinen Plutoniums ist wegen der viel geringeren Verstrahlung vergleichsweise leicht zu bewerkstelligen. Die bei der Aufarbeitung von höher abgebrannten Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren bestehenden technischen Probleme gelten deshalb für die Wiederaufarbeitung von Brutmänteln aus Schnellen Brüttern so nicht.

Wir sehen in den USA und in Frankreich einen starken Trend, die Trennung des zivilen und militärischen Brennstoffkreislaufs aufzuheben. Die Bundesrepublik Deutschland als Unterzeichnerstaat des Atomwaffensperrvertrages kann und darf sich nicht an Vorhaben gemeinsam mit Kernwaffenstaaten beteiligen, die die technische Basis für Kernwaffenprogramme schaffen. Das gilt natürlich auch für unsere Nuklearexportpolitik. Das Vorstandsmitglied von REW, Franz Joseph Spalthoff, hat in diesen Tagen die Fortführung der Brüterentwicklung zusammen mit den Atomwaffenstaaten Großbritannien und Frankreich vorgeschlagen. Er muß sich im klaren sein, daß dann die Gefahr noch größer wird, daß beim Schnellbrüterprogramm das zivile und das militärische Gesicht noch deutlicher sichtbar werden können. Die Erklärung des Staatsministers Dr. Mertes: "Die Mitwirkung am Atomwaffenprogramm eines Kernwaffenstaates ist nach Artikel II des NVV der Bundesrepublik Deutschland nicht gestattet, wenn diese Mitwirkung eine Verfügungsgewalt über solche Waffen begründen würde" legt zumindestens die Frage nahe, ob unterhalb der Ebene, wo wir mitauf den Knopf drücken können, für bundesdeutsche Wissenschaftler und Privatfirmen alles erlaubt sei. Soll mit einer derartigen Aussage voller Handlungsspielraum bei der deutsch-brasilianischen und deutsch-argentinischen nuklearen Zusammenarbeit geschaffen werden?

Die Bundesrepublik Deutschland als Nicht-Kernwaffenstaat kann und darf sich nicht an Kernwaffenprogrammen anderer Staaten beteiligen oder anderen Staaten zu Kernwaffenprogrammen verhelfen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die französische Regierung zu drängen, daß wegen der deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der Brüterentwicklung der Super-Phénix und die Brüterwiederaufarbeitungsanlage TOR umgehend Kontrollen der IAEA zu unterstellen ist.

Es ist zu hoffen, auch daß die französische Regierung die Kraft aufbringt, ihr Schnellbrüterprojekt angesichts geänderter Rahmenbedingungen zu überprüfen. Sollte Frankreich bei der Durchführung der Atomrüstung auf Plutonium aus Schnellen Brüttern zurückgreifen, muß die deutsch-französische Brüter-Kooperation beendet werden.

(-/13.5.1983/ks/ca)

+ + +



Sozialdemokraten haben Vertriebene nie enttäuscht

**Der Beirat für Aussiedler, Vertriebene und Flüchtlinge beim SPD-Vorstand
zu den kommenden Pfingsttreffen**

Von Dr. Heinz Kreuzmann

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

In den diesjährigen Pfingsttagen werden wiederum, wie alljährlich, die Pfingsttreffen der Landsmannschaften und Vertriebenenverbände stattfinden. Sie werden - neben den begrüßenswerten Begegnungen von Heimatgemeinden, Heimatstädten, Heimatkreisen und Landsleuten aus den großen Vertreibungsgebieten, die dem menschlichen Zusammenhalt dienen - Reden und Erklärungen Offizieller zur Grundlage haben, die im In- und Ausland registriert werden.

Seit Jahren sind diese Verlautbarungen überwiegend von Politikern der CDU/CSU und ihnen nahestehenden oder zugehörigen Sprechern der Vertriebenenorganisationen bestritten worden. Dies wird in diesem Jahr noch mehr der Fall sein als in früheren Jahren.

Diese Reden und Deklarationen waren zwar, was Grenz- und Rechtsfragen anbelangt, stets sehr vollmundig. Dort, wo es aber um konkrete Hilfe für die betroffenen Menschen geht, wichen sie vielfach ins Unverbindliche aus.

So hat auch der Bundeskanzler bei seiner diesjährigen Regierungserklärung den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen den Dank für ihren Beitrag beim Aufbau der Bundesrepublik und für ihren "unermüdlichen Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und für die Einigung Europas" ausgesprochen. Er hat ihnen gedankt, daß sie das Aufkommen eines Revanchismus verhindert haben. Aber dieser Dank ist rasch vergessen, wenn es darum geht, Spätaussiedlern und wirtschaftlich schwachen Heimatvertriebenen konkrete Hilfe zu leisten.

Demgegenüber haben Sozialdemokraten durch ihren Einsatz für eine soziale Gestaltung des Lastenausgleichs, eine vorbildliche Rentengesetzgebung, die Regelung von Fremdenten und Auslandsrentenansprüchen, die rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen und Vertriebenen denen, die in Not waren, wirkungsvoll geholfen. Durch ihre Politik der Entspannung wurden menschliche Erleichterungen für die in der DDR, Ost- und Südosteuropa lebenden Landsleute erreicht. Die Initiativen Helmut Schmidts haben die Aussiedlung aus Polen und aus Rumänien so gesteigert, daß zusätzlich 600.000 Ost- und Südostdeutsche zu ihren Angehörigen in die Bundesrepublik kommen konnten.

Mit ihrer Deutschlandpolitik, die heute von der CDU/FDP-Regierung sträflich aufs Spiel gesetzt wird, hat die frühere Bundesregierung erreicht, daß seit 1970 fast 31 Millionen Bundesbürger ihre Verwandten und Freunde in der DDR besuchen konnten. Dies galt in besonderem Maße für Heimatvertriebene und Flüchtlinge, unter deren Familien kaum eine vorhanden ist, die nicht Angehörige in der DDR hat. Im Rahmen der Familienzusammenführung kamen seit 1970 200.000 DDR-Bewohner zu ihren westdeutschen Angehörigen, 16.000 politische Häftlinge wurden aus den DDR-Gefängnissen in die Bundesrepublik entlassen.



Diesen Taten sozialdemokratischer Politik stehen die der neuen Bundesregierung gegenüber:

- Keine baldige Anpassung der Renten und der Unterhaltshilfe aus dem Lastenausgleich. Nicht einmal eine Härteregelung für besonders Betroffene, obwohl gerade der Personenkreis der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler viele Beziehler von Minirenten umfaßt.
- Keine Zurücknahme der ungerechten neuen Sprachförderungsverordnung, trotz Versprechen des Bundeskanzlers, die Angelegenheit neu zu überprüfen. Keine Härteregelung für diesen Personenkreis bei der BAF6G-Kürzung.
- Unsinnige Diskussionen über den Honecker-Besuch und die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander. Die Deutschlandpolitik wird als Hammer innerpolitischer Auseinandersetzungen in der Koalition mißbraucht. Ein schändliches Spiel mit dem Schicksal der 17 Millionen Deutschen in der DDR!

Wir Sozialdemokraten haben durch unsere Entspannungspolitik entscheidend dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik und Europa aus den großen Weltkonflikten im Fernen und Nahen Osten, in Afrika herausgehalten wurden. Wir Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß die Existenz zweier Weltmachtblöcke und ihr Gegenüber in Europa nicht zur großen Katastrophe für die Deutschen in Deutschland geworden und der Zusammenhalt der Nation zerströt worden ist. Die Lösung der deutschen Frage ist nicht durch einen neuen Kalten Krieg, sondern nur durch das Bemühen der Staaten und Völker in West und Ost um einen vernünftigen Interessenausgleich in großräumigen Lösungen möglich.

Wir appellieren daher an unsere Schicksalsgefährten, bei den diesjährigen Treffen dafür zu sorgen, daß nicht noch mehr Porzellan zerschlagen wird, als das schon geschehen ist. Nur eine Politik mit Vernunft und Fingerspitzengefühl gibt auch für die Zukunft die Gewähr, daß wir auf den Wegen von Helsinki und Madrid, bei den Verhandlungen in Genf, zu Lösungen kommen, die den Frieden bewahren und der Menschenwürde und Freiheit eine Straße in die Zukunft sichern!
(-/13.5.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Helmut Schmidt macht uns darauf aufmerksam, daß der unter seinem Namen am 17. März 1983 im SPD-Pressedienst abgedruckte Artikel "Es geht nicht ums Verteilen" kein Aufsatz aus seiner Feder, sondern vielmehr ein Auszug aus seiner Rede vor der Bundestagsfraktion am 8. März 1983 war, die nach wie vor aktuell und vollinhaltlich gültig sei. Wir dokumentieren den Text:

Ich halte es für richtig, an die lange Wegstrecke zu erinnern

Alle politischen Parteien haben diesen Wahlkampf sozusagen aus dem Stand führen müssen. Wir haben alle seit dem 17. September gewußt, daß er in naher Zukunft auf uns zukommen würde, aber fast alle Akteure hatten durch ihre eigene tägliche Arbeit hier im Bonner Parlament sich auf diesen Wahlkampf vorbereitet.

Es gab eine große Ausnahme: Jochen Vogel hat diesen Wahlkampf tatsächlich aus dem Stand führen müssen. Er ist erst sehr kurzfristig - wie eben das Wort nochmal anklang -, er ist Ende Oktober zunächst informell von uns auf den Schild gehoben worden. Und niemand unter den zur Zeit in der Sozialdemokratie verfügbaren Personen hätte das so großartig gemacht wie er das getan hat.

Willy Brandt hat mit Recht hingewiesen darauf, daß wir in den Meinungsumfragen noch im Sommer 1982 eine ganze Etage tiefer gelegen waren. Jochen Vogel hat nicht nur mannhaft gekämpft, er hat auch vielfältig Vertrauen in die Sozialdemokratie gefestigt, und auf seine persönliche Glaubwürdigkeit hin gefestigt, und das hat sich bestätigt in der Wahlnacht, in der er trotz großer Enttäuschung mannhaft die eigene Niederlage, unsere gemeinsame Niederlage, ohne Beschönigungsversuche eingestanden und dem siegreichen Gegner gratuliert hat. Das gehörte absolut zu dieser Art von Wahlkampfführung durch diesen Mann dazu.

Er hat eben gesagt, und ich denke, er hat recht, dies sei eine empfindliche Niederlage. Ich sehe seit einiger Zeit; daß der politisch mobile Teil der Wählerschaft (das ist immer nur der kleinere Teil, er wird bei uns manchmal ein bißchen herabsetzend als Wechselwähler bezeichnet) schon seit längerer Zeit der anderen Seite eine Chance geben wollte. Er wollte schon seit längerer Zeit auch mal wieder wechseln. Vielleicht wäre das nach über einem Jahrzehnt sozialdemokratischer Regierungsführung schon im Jahre 1980 bei der Bundestagswahl fällig gewesen; damals hat aber dann die personale Konfrontation, hier Strauß, hier Schmidt, natürlich eine große Rolle gespielt. Bei dem Wechselwunsch des mobilen Teils der Wählerschaft spielt ganz sicher, so wie in allen Industriestaaten der Welt, so auch in Deutschland, die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage eine ganz ausschlaggebende Rolle. Diese, mit leichter Abschwächung in den Jahren 78/79 bis 80, aber im Grunde doch seit 1974 andauernde Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage hat in fast allen Industriestaaten der Welt zu zwei- und dreifachen Regierungswechseln geführt; ohne Rücksicht darauf, wer vorher regierte. Die Leute haben ja nicht die Möglichkeit, die Welt anzuklagen, sie können sich nur an ihre eigene Regierung halten. Das führte dazu, daß in Frankreich eine liberal-konservative Regierung ersetzt wurde durch eine sozialistisch-kommunistische unter Mitterrand; aber da es sich in Frankreich seither nicht durchgreifend gebessert hat, (wie sollte es auch), so führte die Kommunalwahl am letzten Sonntag wieder zu einem Anstieg der konservativen, der rechten Parteien in Frankreich. Umgekehrt in Australien, das ja eine konservative Regierung hatte: Dort hat die wirtschaftliche Lage zu einem Sieg der dortigen Labour-Party geführt. Und so kann man das über das schwedische und beliebig viele andere Beispiele fortsetzen.

Wir sind, wie Willy gesagt hat, auf die Position etwa der Mitte der 60er Jahre zurückgefallen. Aber so schlecht war die nun auch nicht. Wenn wir 1965 im Bundestagswahlkampf das gegenwärtige Ergebnis erreicht hätten, so wären wir so unzufrieden damit



damals nicht gewesen. Und ich darf in Erinnerung rufen, daß von dieser Basis aus vier Jahre später der sozialdemokratische Spitzenmann, nämlich Willy Brandt, Bundeskanzler geworden ist. Willy Brandt hat drei Anläufe gebraucht, um Bundeskanzler zu werden; erst beim dritten Mal hat er es und haben wir es mit ihm geschafft.

Ich halte es für richtig, an die lange Wegstrecke zu erinnern, weil man den Blick nach vorne auch auf längere Sicht einstellen muß. Es sind nur ganz wenige Genossinnen und Genossen im Saal, die die langen frustrierenden Jahre hier im Bundestag in der Opposition noch miterlebt haben. Opposition ist etwas völlig anderes als Kontrolle der eigenen Regierung aus der Mehrheitsposition heraus!

Und deshalb würde ich persönlich sehr darum bitten, bei allen Andeutungen von kommender Mannöverkritik, die bisher gefallen sind; daß wir weder heute noch in den nächsten Wochen oder alsbald darauf in eine kleinliche Mannöverkritik in Bezug auf den Ablauf des gerade zu Ende gegangenen Wahlkampfes verfallen. Das würde der vor uns liegenden Rolle und Aufgabe als Oppositionspartei von vornherein nicht gerecht. Ich lese heute in der Süddeutschen Zeitung, wo ein von den meisten von uns geschätzter Kommentator, nämlich Hans Heigert, unter anderem über uns das folgende schreibt; nachdem er zunächst die Probleme der Regierungsparteien analysiert hat, sagt er: "Die größeren, fast existenzbedrohenden Probleme stehen der SPD bevor. Sie ist nun keine Brandt und keine Schmidt-Partei mehr, (die war sie vielleicht nie), sondern eine in ihre alten Flügel zerrissene Sozialdemokratie. Vogels erstaunliche Leistung bestand darin, sie im Wahlkampf wieder zusammenzureißen." Nochmal den Satz: "Sie ist nun wieder die in ihre alte Flügel zerrissene Sozialdemokratie."

Ich hoffe sehr, daß diese Prognose sich nicht erfüllt. Aber das geht uns alle an, es wird nämlich jeder Mann dazu gebraucht! Wir können uns das, was wir uns in den Jahren 1981/82 geleistet haben, nicht noch einmal leisten - bei Strafe der eigenen Verdammnis und bei Schaden für das ganze Vaterland.

Die Partei braucht Solidarität und sie braucht Geschlossenheit hinter Hans-Jochen Vogel, den gestern der Parteivorstand der Fraktion zum Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagen hat. Flügelschlagen wird niemandem helfen. Wir brauchen Leidenschaft für unsere Ziele und Leidenschaft gegen andere ist ziemlich überflüssig. Wir dürfen individuellen Hang, durch Interviews das eigene Geltungsstreben zu befriedigen, keineswegs höher stellen als das sozialdemokratische Gesamtinteresse. Und wir dürfen den Gegnern (und wir haben in Zukunft im Parlament drei Gegner!) und wir dürfen den Medien die Munition zur Bekämpfung der deutschen Sozialdemokratie nicht unsererseits frei ins Haus liefern.

Wir müssen diese neue Rolle der Opposition bewußt annehmen! Und damit ändert sich - von der täglichen Arbeitsweise bis zur Grundeinstellung - sehr vieles! Und manches davon wird man erst im Laufe von Wochen verstehen.

Jochen Vogel hat eben für die Niederlage einen, in meinen Augen viel zu großen Teil persönlicher Verantwortung auf sich genommen. Dies war nicht die Niederlage von Hans-Jochen Vogel; sondern dies war unsere aller Niederlage. Ich widerrate noch einmal im einzelnen genau auseinander dividieren zu wollen, in den nächsten Wochen und Monaten, wer welchen großen Anteil daran hatte. Dies war unser aller Niederlage. Vogel hat sich in diesem Wahlkampf ausgewiesen als ein Mann, der zuhören kann; als ein Mann, der abwägen kann; aber auch als ein Mann, der entscheiden kann; als ein Mann, der Vertrauen in unsere Ernsthafteit und Zuverlässigkeit herstellen und dieses Vertrauen binden kann.

Hans-Jochen Vogel wird das nicht gerne hören, was ich jetzt noch hzu sagen habe: Er hat eine lange Wegstrecke vor sich. Hoffentlich bloß vier Jahre. Was dann nach vier Jahren sein soll, das wird dann zu entscheiden sein, das will ich nicht vorwegnehmen. Aber bei allem, was Fraktion und Partei jetzt am Beginn dieser Oppositionsphase, die nicht in



vier Monaten abgeritten sein wird, im allerbesten Fall braucht sie vier Jahre, in Fraktion und Partei zu entscheiden haben: Es muß ins Bewußtsein die Erkenntnis einbeziehen, daß man weder die Spitzenpersonen noch die Grundlinien unserer Politik alle vier Jahre ändern können! Dies muß heute in diesen Wochen und Monaten mitgedacht werden.

Wir haben eben gespürt bei dem kurzen, aber inhaltsschweren Schlußabsatz in Hans-Jochens Ausführungen, wie sehr er sich der Schwere dieser Verantwortung bewußt ist. Er braucht gegenwärtig unseren Rückenwind, aber mehr noch als unseren Rückenwind: Er braucht auch eine freie Hand. Auch hier in der Fraktion. Die neuen Erfahrungen sind sicherlich für manchen von uns bitter, aber auch hier im Fraktionssitzungssaal geht es nicht ums Verteilen (Ich komme auf das Wort Verteilen gleich noch einmal zurück). Entscheidend geht es um das politische Profil sozialdemokratischer Oppositionsarbeit und um das politische Profil des sozialdemokratischen Oppositionsführers. Beides kann nicht aus dem Handgelenk produziert werden, wie ein Homunculus aus der Flasche. Dazu wird ja auch ein paar Wochen Zeit des Nachdenkens und des Erwägens sein; und die wird auch benötigt werden.

Eines ist mir ganz sicher: Die sozialdemokratische Opposition darf sich nicht, auch nicht einmal partiell, in das Schlepptau anderer politischer Parteien hineinziehen lassen. Das gilt für alle drei politische Parteien, die in Zukunft neben uns im Bundestag sitzen werden. Wir können uns für die nächsten Monate auch nicht eine tastende und suchende Attitüde leisten, sondern wir müssen mit Entschlußkraft klare Grundlinien entwickeln und selbstbewußt vortragen, bei Offenheit für die neuen oder neu erkannten Probleme.

Bei alledem werden die Grünen ein ungewohnter Faktor im Bundestag sein. Wir dürfen sie nicht mit Geschäftsordnungsmätzchen in irgendeine Märtyrerrolle drängen wollen. Sie sind vom Volk gewählt, sie haben dieselben Rechte und Pflichten wie jeder andere Abgeordnete auch. Aber sie sind Gegner! Das heißt: Wo sie Unrecht haben oder wo sie leichtfertig Unausgegorenes vorschlagen, da muß es eine klare, dem Lande verständliche, von den Arbeitnehmern und allen Wirtschaftsbeteiligten nachvollziehbare Auseinandersetzung in der Sache geben.

Dabei werden zwei Hauptfelder, das hat dieser Wahlkampf uns alle wohl spüren lassen, für die zukünftige sozialdemokratische Oppositionspolitik entscheidende Bedeutung haben: Erstens, das Feld der Außen- und Sicherheitspolitik (Willy hat das schon angedeutet). Wir können nicht zulassen, daß jemand in Moskau oder Ost-Berlin uns als die genehmere Partei hinstellt. Wir wissen, daß bei aller Auseinandersetzung, die wir bisweilen auch mit Freunden und Verbündeten haben, das deutsche Volk in seiner ganz großen Mehrheit, mag es in einzelnen Fragen noch so sehr verunsichert sein durch manches, was aus den uns verbündeten Ländern zu uns herübertönt (und das sind ja nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika, das war ja auch wohl Paris, ich erinnere an den Besuch vor wenigen Wochen, die Rede war nicht ganz unproviziert), daß bei allen Zweifeln, die viele Deutsche an den einzelnen Äußerungen aus dem einen oder anderen Land haben, daß es eine Grundbefindlichkeit des geteilten deutschen Volkes bleibt (das gilt auch für die Deutschen drüben!) zu wissen, daß wir in Freiheit nur im Bündnis mit unseren Bündnispartnern bestehen können.

Das andere Feld ist das Feld der ökonomischen Politik. Dazu will ich im Augenblick nur sagen: Ich bin nicht sicher, ob sich das, was sich an den Aktienbörsen von New York oder von Frankfurt abspielt und der Optimismus, der in Amerika gemacht, auch in Deutschland gemacht sich ausbreitet (der hat natürlich konjunkturelle Faktorwirkungen). Ich bin nicht sicher, daß sich der Optimismus durchsetzen wird. Es kann, wenn



uns Deutschen und dem Westen insgesamt keine Kooperation gelingt, durchaus bei einer Scheinblüte bleiben. Die Arbeitslosigkeit wird in jedem Fall bleiben, und sie wird steigen - auch wenn aus dieser Scheinblüte eine echte Blüte von mehr Produktion und Wachstum werden sollte. Die Arbeitslosigkeit wird bleiben; deswegen bleibt auch die Sicherung des Sozialstaats wichtig. Aber wir müssen verstehen, daß jetzt nicht die Zeit ist, uns auf Sozialpolitik und auf Verteilung zu konzentrieren. Dies würde auch im Bewußtsein unserer eigenen Arbeitnehmer nicht ausreichen.

Zusammengefaßt: Manöverkritik muß wohl sein. Aber ich schlage vor: Mit Maßen! Und ich schlage vor: Nicht in den Medien! Wichtiger ist es, die Menschen durch politisches Profil für die Zukunft zu überzeugen. Dazu gehört die Wahl von Hans-Jochen Vogel. Ich habe lange Jahre der Opposition unter Erich Ollenhauers und Fritz Eilers Fraktionsführung miterlebt, bin selbst einmal drei Jahre lang Fraktionsvorsitzender gewesen. Ich habe die unglaublich mühselige Arbeit von Herbert Wehner in den letzten 13 Jahren fast täglich miterlebt. Ich habe an anderer Stelle auf dem Bundesparteitag ein Wort über ihn sagen dürfen, ich will es nicht wiederholen. Aber ich denke, die ganze Fraktion und die ganze Partei sollte sich ein Beispiel nehmen, sollte es als Vermächtnis des als Fraktionsführer ausscheidenden Herbert Wehner nehmen, Solidarität miteinander so zu üben, wie dieser Mann das gemacht hat die ganze Zeit über seit 1969!

Wohl ist es richtig zu sagen, für die Oppositionsarbeit der SPD sei das eigene Wahlprogramm entscheidend. Aber noch wichtiger ist die Attitüde, mit der wir in diese nächsten Jahre der zähen, mühseligen und keineswegs von vornherein als lohnend sich anbietenden Auseinandersetzung hineingehen, die Attitüde der Solidarität, die Attitüde der Mannhaftigkeit!

Und bitte, liebe Genossinnen und Genossen, nicht eine Attitüde, in der wir uns zum Lautsprecher der Ängste von Menschen machen. Jemand, der sich zum Lautsprecher von anderer Menschen Ängste macht, mag vorübergehend in ihnen eine Seite zum Klingen bringen, aber was die Menschen von einer politischen Führung erwarten, ist Zuversicht und die eigene Überzeugung, daß man weiß, wie man mit den Umständen fertig wird, von denen die Ängste ausgehen. (-/13.5.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

